

vmp 9 - Das Magazin

Sonderausgabe

07/2007

Eine Kooperation zwischen YellowOE und GdFF

Lesen Sie in dieser Ausgabe:

Studenten, Absolventen, Professoren,
Politiker, Auszubildende, Freunde und
Förderer rufen mit ihren Beiträgen zum
Erhalt des Departments auf.

Sonderausgabe



Rettet das DWP !

WAS BISHER GESCHAH

Die letzten Monate verliefen am Department Wirtschaft und Politik recht turbulent. Bevor Sie nun in unsere Sonderausgabe einsteigen, wollen wir hier die Gelegenheit geben, sich einen groben Überblick über die Gesamtsituation zu verschaffen. Hier haben wir die wichtigsten Ereignisse der letzten Zeit kurz zusammengefasst. Detaillierte Informationen finden Sie dann in den einzelnen Beiträgen.



Lars Heinrich, Daniel Wunsch, Britta Hamann, FSR

Februar 2005

Das Basis-Gesetz wird verabschiedet. Auf diesem beruht die Eingliederung der HWP in die Universität Hamburg. Es schreibt eine Neuordnung der Fakultät vor. Diese muss im Jahr 2008 abgeschlossen sein.

April 2007

Das Dekanat legt ein Eckpfeilerpapier im Fakultätsrat vor. Die gesamte Fakultät soll, an den Fachbereichen orientiert, neu organisiert werden. Dies würde dem DWP die Existenzgrundlage entziehen, da alle Professoren des DWP auf verschiedene Fachbereiche verteilt würden. Die Studenten erfahren dies eher zufällig.

Studenten veranstalten Protestaktionen in vielerlei Formen. Neben den klassischen Mitteln Streik und Vollversammlungen, gibt es u. a. eine Lichterkette, eine Aktion bei der Aida Taufe und eine Teilnahme am Drachenbootrennen zum Hafengeburtstag. Außerdem werden zahl-

reiche Arbeitsgruppen gegründet. Mit ihren friedlichen und guten Argumenten gewannen sie auch Unterstützung bei den Professoren am heutigen DWP.

Mai 2007

Die Diskussion beginnt von neuem. Die GdFF veranstaltet eine Arbeitstagung, die sich mit der Zukunft des Departments beschäftigt. Studenten, Professoren und der Dekan diskutieren die Inhalte des Eckpfeilerpapiers. Nun scheint es Konsens zwischen Dekanat und den Teilnehmern der Diskussion zu geben, dass sich die Organisation der Fakultät an den Studiengängen und nicht mehr an den Fächern orientieren soll. Dies würde dem DWP den notwendigen organisatorischen Rückhalt geben.

Auf einer Vollversammlung der Studenten des DWP bestätigt Prof. Weber, dass die Lehre das herrschende Prinzip der Organisation der Fakultät werden soll. Zusätzlich sagt er zu, dass der Stu-

diengang Sozialökonomie auf jeden Fall weiterhin im Gebäude Von-Melle-Park 9 seine Heimat behalten würde.

Juni 2007

Der erste Entwurf einer Satzung wird vorgestellt. Problematisch ist darin unter anderem, dass dem Studiengang Sozialökonomie nicht eindeutig ein Pro-Dekan zugesprochen wird. Außerdem ist die Satzung in dem Punkt unklar wer die Ressourcen verwaltet, die Studiengänge selbst oder doch wieder Fachbereiche. Auch die unzureichende Vertretung der Studenten ist ein weiterer Kritikpunkt. Darüber hinaus wird auch die Trennung der Master- von den Bachelorstudiengängen kritisiert. Diese Beanstandungen werden von vielen Professoren am DWP geteilt.

Auf der letzten Fakultätsratssitzung wird beschlossen, dass bis zum 18.06. Vorschläge für die neue Satzung im Dekanat eingereicht werden können. Am 27.06. findet die nächste Fakultätsratssitzung statt. Dort soll aus den verschiedenen Entwürfen eine Synopse gebildet werden. Der Fakultätsrat trifft sich dann wieder am 11.07. um weiter zu beraten.

Stand 20.06.2007

Jochen und Petra Brandt



Vollversammlung

EDITORIAL

„Gut Ding braucht Weile“ – ein alt bekannter Spruch. Doch was bedeutet das heute? Wir denken, dass dies eines der wesentlichen Erfolgsmerkmale in der doch sehr schnelllebigen Gesellschaft ist. Denn fundierte, qualitativ hochwertige und damit insgesamt langfristig beständige Erfolge stellen sich eben nicht durch kurzsichtiges und reaktives Agieren ein. Profan? Auf „unser“ Department bezogen, könnte diese triviale Weisheit an enormer Relevanz gewinnen...

Zur Situation: Dass die HWP nach mehr als 50 Jahren erfolgreichen Bestehens die rechtliche Selbständigkeit verlor, ist auf eine sehr kurzsichtige Sichtweise der damaligen politischen Ebene zurückzuführen. Provokant wurde in den damaligen Protesten u. a. formuliert: „Die HWP wird dem Spar- und Profilierungswahn eines Senators geopfert.“ Wir haben lange diskutiert (und zum Teil natürlich auch gestritten), ob dies wirklich zutreffend ist oder ob die Zwangsfusion mit der Universität Hamburg auch positive Aspekte haben könnte. Heute können wir sagen, dass der Verlust der rechtlichen Eigenständigkeit zwar schlimm war – aber es doch viel wichtiger ist, dass die Vorzüge, für die die HWP doch das eigentliche Synonym war, unter dem Dach der Universität Hamburg im heutigen Department Wirtschaft und Politik erhalten und weiterentwickelt werden.

Daher haben wir uns entschlossen, diese Sonderausgabe kurzfristig zu realisieren. Wir möchten mit dieser Ausgabe noch einmal auf die vielen Vorzüge und erfolgreichen Konzepte des heutigen Departments hinweisen und aktiv für die langfristige Sicherung eintreten. Zurück zum Eingangszitat: Das Department darf nicht zum wiederholten Male Opfer einer kurzsichtigen Sichtweise werden! Denn Interdisziplinarität, eine kritische Wissenschaft, ein offener Hochschulzugang für Nicht-Abiturienten sowie der hohe Praxisbezug kosten zwar Zeit und Mühe – sind aber langfristig erfolgreicher als das Konzept der übrigen wirtschaftswissenschaftlichen Einrichtungen an der Universität Hamburg: Der dortige Fachbereich Wirtschaftswissenschaften hat eine durchschnittliche Studienabbruchquote von mehr als 50 %, die längsten Studienzeiten sowie im bundesdeutschen Hochschulranking einen der schlechtesten Rangplätze überhaupt. Eindrucksvolle Beweise die für sich sprechen.

Das Department braucht und darf sich also nicht verstecken! Das Gegenteil ist der Fall. Daher haben wir mit dieser Sonderausgabe viele Stimmen und Beiträge zusammengetragen, die sich mit der langfristigen Sicherung „unseres Departments“ beschäftigen.

Jonny Grape
Ehrevorsitzender
YellowOE

Jochen Brandt
Vorstandsmitglied
GdFF

IN DIESER AUSGABE:

Was bisher geschah	2
Editorial	3
Das Profil der ehemaligen HWP erhalten Wolfgang Weber, Alexander Bassen	4
DWP braucht organisatorische Eigenständigkeit unter dem Dach der Wiso-Fakultät, Udo Mayer	5
Solidaritätserklärung der Gesamt Jugend- und Auszubildendenvertretung der VW AG	6
Statement von Katrin Reimers	7
Dankeschön sagt Ricco Fiedler	7
Erklärung des Bundeskollektivs der Hans Böckler Stiftung...	8
Gleichberechtigtes Studium für alle Harry Friebe	9
Statement Elisabeth Trentelmann	9
Impressum	9
Drama in 6 Akten, Manfred Weichsel	10
Wir ziehen alle an einem Strang! Hari Zeitvogel	13
Statement Thomas Wagner	14
Das HWP-Studienmodell muss erhalten bleiben, Christian Carstensen	15
Solidaritätsbekundung Klaus Ernst u.a.	16
Welche zukünftige Struktur für die WiSo- Fakultät? K.-J. Bieback	18
Wer gibt die Impulse für eine kritische Wis- senschaft? Bernhard Blach	19
Nachhaltige Stärke oder kurzsichtige Cash- Cow? Perspektiven für das DWP Jonny Grape	20
Entwicklung statt Abwicklung, Wolfgang Rose	21
Statement Bettina Witt	21
Offener Brief an die Mitglieder der Hamburger Bürgerschaft, GdFF	22
Vorbild DWP – was kann die Uni von uns lernen? Boris Böttger	24
In eigener Sache	24

DAS PROFIL DER EHEMALIGEN HWP ERHALTEN

BEITRAG VON PROF. DR. WOLFGANG WEBER UND PROF. DR. ALEXANDER BASSEN

Vor zwei Jahren ist die Hamburger Universität für Wirtschaft und Politik in die Universität Hamburg als eigenes Department in die Fakultät Wirtschafts- und Sozialwissenschaften eingegliedert worden. Die aktuelle Diskussion ergibt sich aus der gesetzlichen Regelung, für die Fakultät das Studienangebot, die Forschungsschwerpunkte und insbesondere eine neue Organisationsstruktur zu entwickeln. Diese werde nach Ablauf der Gründungsphase – spätestens zum Beginn des Wintersemesters 2008/2009 – gelten. Dabei soll – so sagt das Gesetz – das bisherige Profil der HWP in der Lehre und im Hinblick auf den Hochschulzugang erhalten werden. Dies war und ist der Ausgangspunkt der Diskussionen und der bisherigen Arbeit von Dekanat und Fakultätsrat.

Bei der Entwicklung der Organisationsstruktur ergeben sich unterschiedliche Argumentationen – je nach Ausrichtung nach Lehrangeboten oder Wissenschaftsdisziplinen. Insbesondere die Lehre erfordert, dass ausreichend persönliche und sachliche Ressourcen zur Verfügung stehen, die zu organisieren und zu koordinieren sind.

Der aktuelle Dekanatsvorschlag sieht vor, als wesentliche Strukturelemente der neuen Organisationsstruktur Studiengänge bzw. Studienbereiche heranzuziehen. Als einer dieser Studienbereiche wird die Sozialökonomie des jetzigen DWP vorgeschlagen.

Die Forschung und die disziplinäre und/oder interdisziplinäre Weiterentwicklung haben im Vergleich dazu einen geringeren Organisationsbedarf. Gleichzeitig wird die Ressourcenausstattung durch die Grundausstattungen der Professuren und individuellen Ausstattungszusagen der forschenden Wissenschaftler/innen beeinflusst. Auch hierfür müssen Ressourcen zur Verfügung gestellt werden. Aufgrund dieser Überlegungen sollen die Wissenschaftsgebiete in der neuen Organisationsstruktur als zweite Struktur-

rungsdimension herangezogen und durch bestehende oder einzurichtende Forschungszentren ergänzt werden.

Die Frage der Repräsentanz und damit des Einflusses der jetzigen Departments und Einrichtungen wird durch die Besetzung des zukünftigen Dekanats berührt. Momentan sind nach der Grundordnung der Universität nur drei Pro-Dekane möglich. Eine Lockerung dieser Vorgabe würde das Einsetzen eines vierten Pro-Dekans ermöglichen. Angestrebt wird, dass die Sozialökonomie durch einen eigenen Pro-Dekan im Dekanat vertreten ist.



Prof. Dr. Weber,
Gründungsdekan



Prof. Dr. Bassen, Pro-Dekan

Neben diesen Grundargumentationen bleiben selbstverständlich die zu entscheidenden Konkretisierungen noch offen. Insbesondere im Hinblick auf die Studien- und Wissenschaftsbereiche wird es beispielsweise weiteren Diskussionsbedarf über deren Anzahl und die jeweilige Zuordnung geben. Zudem kon-

zentriert sich die Diskussion momentan auf die Bachelorstudiengänge. Ob die konsekutiven Masterangebote dem Studienbereich zugeordnet werden oder eine besondere Organisation im Rahmen einer Graduate School gebildet wird, bleibt abzuwägen. Die Diskussion dieser Frage ist noch offen.

Wir sind jedoch davon überzeugt, mit dieser Struktur nicht nur das Profil der ehemaligen HWP in Lehre und Forschung sowie den Zugang ohne Abitur zu erhalten. Durch klare Zuweisung von personellen und sachlichen Ressourcen und die Schaffung von Studiengangbereichen werden zudem die Voraussetzungen geschaffen, dieses Profil weiterzuentwickeln und zu verbessern. Im Studiengangbereich Sozialökonomie und im vertrauten Gebäude Von-Melle-Park 9 werden die Studierenden weiterhin ihre „wissenschaftliche Heimat“ finden.

Alexander Bassen
Wolfgang Weber

DAS DWP BRAUCHT ORGANISATORISCHE EIGENSTÄNDIGKEIT UNTER DEM DACH DER WISO-FAKULTÄT ~ BEITRAG VON PROF. DR. UDO MAYER

Die Auflösung der HWP und ihre Überweisung an die Uni Hamburg im April 2005 war vom politischen Senat der FHH u.a. mit der Begründung legitimiert worden, dadurch würden produktive Synergie-Effekte geschaffen und Lehre und Forschung auf den Gebieten der Wirtschafts- und Sozialwissenschaften gestärkt werden. Aus Fusionen im Wirtschaftsbereich ist bekannt, dass stets positive Prognosen an solche Fusionsentscheidungen geknüpft werden. Spätestens seit der „Scheidung“ von Daimler und Chrysler sind solche Prognosen mit äußerster Vorsicht zu genießen. Die HWP hatte eine optimale Betriebsgröße, die neu geschaffene Wiso-Fakultät nicht.

Zwei Jahre Zwangsehe von HWP und Uni HH im neu geschaffenen Bett der Wiso-Fakultät und einer Menage à trois (SozPol, exHWP, WiWis) haben jedenfalls wenig Synergie-Effekte auf den genannten Gebieten erkennen lassen. Jeder Partner verwaltet sein Studienprogramm allein; eine Massenwanderung von Studies zwischen dem Studienangebot der drei Departments ist nicht zu verzeichnen; allenfalls findet eine gewisse Forschungsk Kooperation vor allem im CIS statt (Centrum für internationale Studien).

Das zum Wintersemester 2004 gestartete Bachelor-Programm im DWP überstand die Fusion ohne Blessuren; anders als an der Uni im Sommer 2007 wurde das vorübergehende Nebeneinander von Diplom- und Bachelorstudiengängen ohne Benachteiligung von „Alt“-Studies bewältigt. Neue Studenten blieben nicht aus, obwohl die HWP als „Marke“ verschwunden war; die Zahlen für die Aufnahmeprüfung bewegten sich auf dem Niveau der Vorjahre. Das eingespielte Management der alten HWP verstand auch das neue DWP erfolgreich zu navigieren.

Deshalb empfanden Lehrende und Studierende den Strukturvorschlag des Dekanats, die bisherigen Departments aufzulösen, Lehrende in drei disziplinäre Säulen zusammen zu packen und disziplinäre Departments zu etablieren (BWL, VWL, Soziologie), als einen Anschlag auf die interdisziplinäre Departmentstruktur des DWP und als endgültige Entsorgung des HWP-Erbes. In einer Stellungnahme des Fachgebiets Rechtswissenschaft wurde die Kritik wie folgt zusammengefasst:

„Der Vorschlag zur Neustrukturierung der Fakultät verstößt gegen das Hamburger Hochschulgesetz und die hochschulpolitischen Vorgaben, die für die Integration der HWP in die Universität Hamburg zuvor ausgehandelt wurden. Sie sind kein Kompromiss, sondern zwingen lediglich dem DWP Veränderungen



Prof. Dr. Udo Mayer, Mitglied im Fakultätsrat

auf... Ein interdisziplinärer sozialökonomischer Studiengang lässt sich ohne Verankerung in einer eigenen Organisationseinheit, ohne konkrete Kompetenzen und direkt zugeordnete Ressourcen nicht organisieren...“

Damit wird der nach den Zulassungszahlen am besten nachgefragte und nach den Abschlusszahlen in der Regelstudienzeit sowie nach den Auslandsaufenthalten erfolgreichste Studiengang der Fakultät in Frage gestellt. Die BWL im Department WiWi bietet pro Jahr 480 Studienplätze, von denen im letzten Jahr nur 375 besetzt wurden, die VWL in diesem Department bietet 197 Studienplätze, von denen nur 114 besetzt wurden, die Wirtschaftsinformatik 71, von denen 63 besetzt wurden. Es liegt hier also nicht einmal Auslastung vor. Im Department SoWi bietet die Soziologie pro Jahr 76 und die Politologie 72 Studienplätze an. Das DWP hält für den Sozialökonomischen Studiengang pro Halbjahr 250 Studienplätze vor und hat im WiSe 06/07 sogar 262 Studierende aufgenommen. Insgesamt beläuft sich die Zahl der Studienanfänger pro Jahr auf durchschnittlich 500.

Die Dohnanyi-Kommission, mit verantwortlich für die Transferierung der HWP in die Universität, hatte den Sozialökonomischen Studiengang der HWP als vorbildlich eingestuft, gerade auch im Hinblick auf die anderen untersuchten Studiengänge der künftigen gemeinsamen Fakultät. Auch die anderen Studiengänge sollten daher mit Elementen des Sozialökono-

DAS DWP BRAUCHT ORGANISATORISCHE EIGENSTÄNDIGKEIT UNTER DEM DACH DER WISO-FAKULTÄT ~ FORTSETZUNG VON SEITE 5

§3 Abs. 3 WiSo-G

„Die Fakultät stellt sicher, dass ... das Profil der bisherigen HWP in der Lehre und bei der Zusammensetzung der Studierenden berücksichtigt wird.“

mischen Studiengangs angereichert werden. Das Gesetz zur Bildung der Fakultät Wirtschafts- und Sozialwissenschaften (WiSo-G) schreibt deswegen in §3 Abs. 3 für die zukünftig anzustrebende Entwicklung vor: „Die Fakultät stellt sicher, dass ... das Profil der bisherigen HWP in der Lehre und bei der Zusammensetzung der Studierenden berücksichtigt wird.“ Die Strukturvorschläge des Dekanats werden das Gegenteil bewirken. Sie stellen sicher, dass sich in den bisherigen beiden anderen Departments nichts bewegt. Der DWP-Studiengang hingegen verliert seine Basis im Lehrkörper und seine bewährten Organisationsstrukturen, wodurch er sich in Organisations-

problemen verlieren und für künftige Bewerber/innen nach außen nicht mehr erkennbar sein wird.

Werden Lehrressourcen in Fachdisziplinen verortet und dann an bestimmte Studiengänge per Kontraktmanagement „ausgeliehen“, würde die Corporate Identity des jetzigen interdisziplinären Studiengangs Sozialökonomie in absehbarer Zeit bis zur Unkenntlichkeit verwässert. Bisher gibt es in der deutschen Universitätslandschaft keine Erfahrungen damit, dass ein Kontrakt-Management zur Erhaltung der Identität einer wissenschaftlichen Einheit wie hier des Studiengangs Sozialökonomie taugt. Die Steuerung eines interdisziplinären Studiengangs in der Größenordnung von ca. 1.700 Studierenden nur über einen Studiengangsleiter mit dem Instrument des Vertragsmanagements birgt ein so hohes Risiko, dass ein solches Organisationsmodell unverantwortlich wäre und daher entschieden abzulehnen ist.

Anders als in vielen Wirtschaftsunternehmen scheint an Universitäten Raum für herrschaftsfreien Diskurs zu sein (wenn sich die Politik heraushält). Es scheint, als habe diese argumentative Kritik zusammen mit der massiven Opposition der Studierenden ihren Eindruck nicht verfehlt. Schau ´n wir mal!

Udo R. Mayer

SOLIDARITÄTSERKLÄRUNG DER GESAMT JUGEND- UND AUSZUBILDENDENVERTRETUNG DER VOLKSWAGEN AG

Am 18.04.2007 nahmen wir mit Entsetzen zur Kenntnis, dass die altbewährte Studienstruktur der ehemaligen Hamburger Universität für Wirtschaft und Politik (HWP) nun endgültig gestrichen werden soll.

Die Gesamt Jugend- und Auszubildendenvertretung der Volkswagen AG bedauert und verurteilt diese Entscheidung des Fakultätsrates auf das Schärfste.

Gerade die HWP, die nach dem 2. Weltkrieg von Gewerkschaften gegründet wurde und auch heute

noch eine der kritischsten Hochschulen ist, gewachsene Studienstrukturen und eine bunte Mischung an Studierenden bietet, soll geschlossen werden. Sie soll dem Profitdenken des Senats und der Universitätsleitung geopfert werden.

Damit wird erneut unter Beweis gestellt, dass ein zur Kritik und zum Mitdenken befähigendes Studium in diesem Land nicht erwünscht ist.

Somit würde es für Menschen ohne Abitur in diesem Land kaum

noch die Möglichkeit geben, an einem Studium teilzunehmen.

Für den Kampf zum Erhalt eines interdisziplinären Studiums wünschen wir euch viel Erfolg und solidarisieren uns uneingeschränkt mit euch.

Den Boykott der Studiengebühren halten wir für eine gute Idee und wünschen euch auch in diesem Kampf gegen profitorientierte, neoliberale Strukturen viel Erfolg!

Die Mitglieder der Gesamt Jugend- und Auszubildendenvertretung der Volkswagen AG.



STATEMENT VON KATRIN REIMERS, DIPL.-SOZIALWIRTIN, 88. LEHRGANG

Das DWP mit seinem interdisziplinären Studiengang muss unbedingt erhalten bleiben!

Aus eigener Erfahrung weiß ich, dass das Berufsleben dies zunehmend fordert. Außerdem wurde

mir mit der Aufnahmeprüfung überhaupt erst die Möglichkeit zu diesem Studium gegeben. Heute absolviere ich den Masterstudiengang Sozialmanagement an der Universität Bonn. Jeder sollte eine solche Chance erhalten.

DANKESCHÖN AN DIE HWP.... BEITRAG DES ABSOLVENTEN RICCO FIEDLER

Meine Studienzeit an der HWP ist mir als ein schöner und prägender Lebensabschnitt in Erinnerung geblieben. An der HWP studieren, bedeutete für mich auf eine gewisse Weise selbstständig zu werden. Nach ein paar Jahren ohne Uniluft und nach vielen Begegnungen mit Absolventen anderer Universitäten weiß ich, dass ein Studium an der HWP eine ganz eigene, besonders wertvolle Erfahrung ist. Die Möglichkeiten des interdisziplinären Studiums an der HWP und die unermüdlige Leistung der Dozenten tragen auch zu meinem heutigen beruflichen Erfolg bei.

Nach drei Jahren ohne Uni in vollem Berufsalltag kann man erst wirklich erahnen, welche gute Vorbereitung einem die HWP ermöglicht hat. In meinem Arbeitsablauf berate und begleite ich kleine und mittlere Handwerksbetriebe in betriebswirtschaftlichen Fragen, wo mir besonders die Vielfältigkeit meines Studiums und die Möglichkeiten der verschiedenen Fachbereiche, z.B. Soziologie, täglich eine Hilfeleistung sind. Ich erkenne heute für mich, dass das HWP-Studienmodell eine optimale Vorbereitung für meine berufliche Zukunft bedeutete.

Ricco Fiedler

Betriebsberater in der Handwerkskammer Lübeck

2001 Studium der Volkswirtschaftslehre an der HWP

2004 MBA „Master of Business Administration“ an der HWP

Die „kleine“ HWP, ohne eine wirklich eigene Bibliothek - jedoch mit einem gemütlichen Inhouse-Cafe -, steht für mich für individuelles Studieren mit stark interdisziplinärer Ausrichtung. An welcher Einrichtung bekommt ein Student so viele Möglichkeiten in verschiedene Fachbereiche reinzuschmecken und (das vielleicht vor allem) während des Studiums zu entscheiden, welche akademische Ausrichtung er absolvieren möchte. Noch mehr zeichnete die HWP, die Mischung aus jungen Abiturienten und nicht mehr ganz so jungen Quereinsteigern aus, welche zu einer unvergleichbaren Identität der HWP führte. Ich denke, eine wahnsinnig positive und gesunde Mischung!

An dieser Stelle möchte ich mich ausdrücklich für das Engagement der Gesellschaft der Freunde und Förderer der HWP e.V. (GdFF) bedanken. Durch die Bestätigung eines Departments Wirtschaft und Politik (DWP) kann die gewachsene Identität der HWP erhalten bleiben und das bewährte HWP-Studienmodell fortgesetzt und weiterentwickelt werden.

An meine Studienzeit denke ich gern zurück und wäre es noch möglich, dann würde ich der HWP und den Verantwortlichen „meiner“ Universität eine erfolgreiche Arbeit wünschen.

Ricco Fiedler

ERKLÄRUNG DES BUNDESKOLLEKTIVS DER HANS BÖCKLER STIFTUNG ZUR ABWICKLUNG DES „DEPARTMENTS FÜR WIRTSCHAFT UND POLITIK“ IN HAMBURG

Das BuKo der Hans Böckler Stiftung hat mit Bestürzung die Umstrukturierungspläne für die ehemalige HWP in Hamburg wahrgenommen, welche in Form eines Eckpfeilerpapiers am 14. April 2007 in der Fakultätsratsitzung „Wirtschafts- und Sozialwissenschaften in der Universität Hamburg“ eingebracht wurden. Dieses Eckpfeilerpapier sieht die Zerschlagung des heute noch eigenständigen Departments für Wirtschaft und Politik vor, welches als Nachfolgestruktur der HWP derzeit heute relativ eigenständig läuft.

Im Namen aller Stipendiaten und Stipendiatinnen der Hans Böckler Stiftung solidarisieren wir uns mit den aktiv protestierenden Studierenden in Hamburg und fordern den selbständigen Erhalt der HWP bzw. des DWP.

Der wesentliche Kritikpunkt am vorliegenden Entwurf zur Bildung einer neuen Organisationsstruktur der Fakultät, welche nach dem „Gesetz zur Bildung der Fakultät Wirtschafts- und Sozialwissenschaften der Universität Hamburg und zur Änderung des Hamburgischen Hochschulgesetzes“ vom 8. Februar 2005 geschaffen wurde, ist folgender:

- Das Besondere der ehemaligen „Hochschule für Wirtschaft und Politik“ und dem bis heute bestehenden „Department Wirtschaft und Politik“ ist die Einmaligkeit des offenen Hochschulzuganges sowie eine kritische Lehre. Es sind jedes Semester 40% der Studienplätze für Studienanfänger vorgesehen, welche ohne Abitur den Zugang zur Hochschulausbildung über eine Aufnahmeprüfung erlangen. Das gute Betreuungsniveau, welches internationalen Standards entspricht, würde bei der geplanten Umstrukturierung den schlechten Bedingungen an anderen Departments geopfert werden. So würde mit der Umstrukturierung das Heranführen des „bildungsfernen Klientels“ (Menschen ohne Abitur und/oder mit Migrationshintergrund) und damit auch der gesellschaftsintegrative Aspekt verloren gehen.

Zwar werden einige wichtige Punkte per „Bestandsschutz“ allgemein zugesichert, aber leider ohne diese Punkte mit Zahlen oder Quoten zu konkretisieren:



**Hans Böckler
Stiftung**

Fakten für eine faire Arbeitswelt.

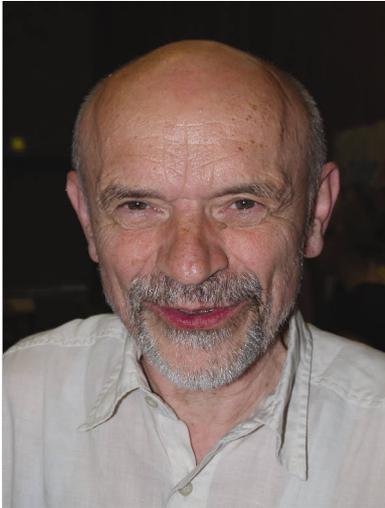
- Der Studiengang „Sozialökonomie“ und die damit verbundene „interdisziplinäre Studienstruktur“ soll erhalten bleiben, jedoch besteht noch keine Idee, wie und mit welchen Quoten dies umgesetzt werden soll. Die dafür zu erbringenden Kurse wären dann nicht mehr aufeinander abgestimmt, da die Studierenden in jedem Semester zwischen mehreren Departments (und somit individuellen Verwaltungsstrukturen) pendeln müssten.
- Der Zugang ohne Abitur durch Aufnahmeprüfung soll erhalten bleiben, wobei auch hier noch keine Quote festgelegt (oder die alte bestätigt) wurde. Auch die Bedingungen der Aufnahmeprüfung könnten dann beliebig verschärft werden. Diese würden dann eher einer „Hochbegabtenaufnahmeprüfung“ gleichen, wie es sie in jedem anderen Bundesland gibt und welche kaum zu schaffen ist.
- Die Anbindung der Lehrenden wird zugesichert. Doch ist die Meinung der anderen Departments, in welche die Lehrenden dann aufgeteilt werden, dass eine „kritische“ und arbeitnehmerfreundliche Lehre der BWL, VWL, Soziologie und Rechtswissenschaft nicht zeitgemäß sei. Somit wäre ein kritisches Studium nicht mehr gegeben und die Interessen der Arbeitnehmer würden in der Lehre kaum beachtet.

Das Bundeskollektiv fordert den eigenständigen Erhalt der ehemaligen HWP. Ferner bitten wir die Stiftung sowie alle Stipendiatinnen und Stipendiaten, sich mit den Studierenden des DWP zu solidarisieren. Bitte informiert ferner Eure Freunde, Bekannten sowie Organisationen und bittet auch diese um Solidaritätsbekundungen oder weitere Hilfe.

Bundeskollektiv der Hans Böckler Stiftung

GLEICHBERECHTIGTES STUDIUM FÜR ALLE

BEITRAG VON PROF. DR. HARRY FRIEBEL



Prof. Dr. Harry Friebel
Mitglied im Fakultätsrat

Schon der Verlust einer eigenständigen Adresse und Organisationsstruktur unseres Studiengangs der Sozialökonomie (von der „HWP“ zum „DWP“) hat zu einem herben Einbruch bei den Bewerbungen zur Aufnahmeprü-

fung geführt. Eine direkte Vertretung des Studiengangs im Dekanat ist also in doppelter Hinsicht für unser Department unerlässlich: Nur eine stabile, weitestgehend eigenständige Organisationsstruktur mit unmittelbarer Entscheidungskompetenz über finanzielle Ressourcen

- kann den Erhalt dieses interdisziplinären Studiengangs sichern
- kann mögliche Interessenten zur Bewerbung für das Studium ohne Abitur ansprechen.

Es gibt derzeit ca. 10.000 Studiengänge in Deutschland. Davon kann man interdisziplinäre Studiengänge mit einem wirklich offenen Hochschulzugang vermutlich an zwei Händen abzählen. Es lohnt sich also, unseren Studiengang zu verteidigen, weil er bildungspolitisch eine reale Chance zeigt, dass alle sozialen Gruppen in Deutschland zusammen und

gleichberechtigt studieren können und nicht nur eine Minderheit sozial und bildungsmäßig Privilegierter.

Diese Erkenntnis muss in der Öffentlichkeit präsent bleiben.

Ein Mauerblümchen „DWP“ im Schoße der Fakultät würde trotz aller rechtlicher Existenzsicherungen nicht überleben, wenn der Reform- und Innovationscharakter der Sozialökonomie nicht ständig und unüberhörbar in die öffentliche Diskussion getragen würde.

Der studentische Protest gegen eine mögliche Zerschlagung unseres Studiengangs war und ist insofern eine sehr wichtige Aktion zur Herstellung von demokratischer Öffentlichkeit.

Harry Friebel

IMPRESSUM

Herausgeber:
Gesellschaft der Freunde und Förderer der HWP e.V. (GdFF)
und
YellowOE.de - Von Studenten für Studenten e.V.

Postanschrift: DWP – Universität Hamburg, Von-Melle-Park 9, 20146 Hamburg

Namentlich gekennzeichnete Artikel geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder!

Fotos: Petra Brandt oder aus dem Privatbesitz der Abgebildeten

Grafik auf der Titelseite: Danni Dunn

Layout: Petra Brandt

Schlusslektorat: Andrea Klerman

Druck: Saxoprint GmbH, Digital- & Offsetdruckerei, Enderstraße 94, 01277 Dresden - Auflage 1.700

V.i.S.d.P. und Anzeigen Jochen Brandt

STATEMENT VON ELISABETH TRENTELMANN, TEILZEIT-STUDENTIN DES SOZIOLOGISCHEN STUDIENGANGES



Gerade die wissenschaftliche Auseinandersetzung mit historischen wie auch aktuellen Gesellschaftspolitischen Themen, die das Studium am DWP ermöglicht, haben mich dazu gebracht, über den Tellerrand hinaus zu blicken.

Aber auch die Möglichkeit des Teilzeitstudiums war für mich wichtig. So konnte ich meinen Job behalten und mein Studium finanzieren. Das muss unbedingt erhalten bleiben und auch noch Generationen nach mir zur Verfügung stehen.

DRAMA IN 6 AKTEN

BEITRAG DES ABSOLVENTEN MANFRED WEICHSEL

ZUR AUSEINANDERSETZUNG UNGLEICHER GESCHWISTER
 ODER: WIE BILDUNGSPOLITISCHER FORTSCHRITT PROFESSORAL VERHINDERT WIRD

Ein universitäres Trauerspiel in sechs Akten

Inszeniert vom Senator für Wissenschaft und Forschung, Jörg Dräger, Ph. D.
 Auf den Spielplan gesetzt von Ole von Beust, Erster Bürgermeister Hamburgs, und seiner
 strammen Gefolgschaft in der CDU-Bürgerschaftsfraktion.

Zusammengetragen
 von
 Manfred Weichsel

1. Akt

Da ist zum einen die Universität Hamburg. Sie gehört zu den großen Universitäten in unserer Republik, keineswegs alt, weil erst 1919 gegründet, auch keineswegs besonders ehrwürdig, aber doch groß - und ziemlich grau. Dabei ist sie, wie über dem Eingang des Hauptgebäudes in Stein gemeißelt zu lesen ist, der Forschung, der Lehre, der Bildung verpflichtet - also auch modernen Erkenntnissen in bildungspolitischer Hinsicht. Vergesslich, wie z.B. Professoren der Wirtschaftswissenschaften manchmal sind, ist ihnen ganz entfallen, was auch ihnen gesetzlich auferlegt worden ist.

§ 7 des Hochschulrahmengesetzes enthält zum Zweck des Studiums: "Lehre und Studium sollen den Studenten auf ein berufliches Tätigkeitsfeld vorbereiten und ihm die dafür erforderlichen fachlichen Kenntnisse, Fähigkeiten und Methoden dem jeweiligen Studiengang entsprechend so vermitteln, dass er zu wissenschaftlicher oder künstlerischer Arbeit und zu verantwortlichem Handeln in einem freiheitlichen, demokratischen und sozialen Rechtsstaat befähigt wird."

§ 8 desselben Gesetzes wird noch konkreter und fordert, "dass die Studieninhalte im Hinblick auf Veränderungen in der Berufswelt den Studenten breite berufliche Entwicklungsmöglichkeiten eröffnen".

Größe allein macht anfällig, schwerfällig, unbeweglich, auch ineffektiv. Und so kam es, dass unter dem Vorsitz des früheren Ersten Bürgermeisters der Freien und Hansestadt Hamburg, Klaus von Dohnanyi, eine Struktur-Kommission ins Leben gerufen wurde, die die Hochschullandschaft der Hansestadt kritisch unter die Lupe nahm. Die Kommission bemängelte an der Universität Hamburg den ausgeprägten Zentralismus, die damit verbundenen bürokratischen Abläufe, die überholte Organisation im Innern, die fehlende Transparenz bei Kosten und Leistung, die langen Studienzeiten, die hohe Abbrecherquote usw.

2. Akt

Da war zum anderen die Hamburger Universität für Wirtschaft und Politik, jene kleine, aber feine Hochschule, die sich seit 1948 von der ursprünglichen Akademie für Gemeinwirtschaft über die Akademie für Wirtschaft und Politik, dann zur Hochschule gleichen Namens und nun zur Universität für Wirtschaft und Politik deutlich positiv entwickelt hatte. Sie war von Anfang an, keineswegs ausschließlich, eine Hochschule des Zweiten Bildungsweges. Sie war aber immer geprägt durch Studierende, denen aus verschiedenen Gründen die formale Berechtigung fehlte, ein Hochschulstudium zu beginnen, die sich aber durch berufliche Praxis und eigene Bildungsanstrengungen so qualifizierten, dass sie über eine Aufnahmeprüfung den Zugang zu einem wissenschaftlichen Studium erreichten.

Und sie war über Jahrzehnte ein bildungspolitisches Modell. Zur Erinnerung: Die HWP stand für einen bildungspolitischen Reformanspruch, der die Schranken des herkömmlichen Bildungssystems überwinden will, indem er die Gleichwertigkeit von schulischer und beruflicher Vorbildung für ein wissenschaftliches Studium in seiner Zugangs- und Ausbildungspraxis zu verwirklichen sucht.

Die Studierenden wurden zu fachlich kompetenten, kritischen und politisch bewusst Handelnden in Beruf und Gesellschaft ausgebildet. Die Absolventen sollten in die Lage versetzt werden, gesellschaftliche Verantwortung nach reflektierten Prinzipien der Vernunft wahrzunehmen. Es galt, den traditionellen Dualismus von wissenschaftsferner Praxisausbildung und an praktischen Problemen uninteressierter Wissenschaft zu überwinden. Gepflegt wurde eine intensive Kommunikation und Kooperation von Lehrkörper, Studierenden und Verwaltungspersonal. Auf neue Herausforderungen wurde schnell und flexibel reagiert. Das Studienangebot wurde in einem strukturierten Baukastensystem organisiert und dadurch den Studierenden ermöglicht, ihr individuelles Curriculum weitgehend selbst zu wählen.

DRAMA IN 6 AKTEN

Großer Wert wurde gelegt auf die interdisziplinäre Verknüpfung der vier an der HWP vertretenen Fachgebiete Betriebswirtschaftslehre, Volkswirtschaftslehre, Soziologie und Rechtswissenschaft in allen Phasen des Studiums. Zur Autonomie der HWP gehörte der Anspruch, die Entscheidungen insbesondere über das Ausbildungs- und Prüfungssystem, die Forschungs- und Nachwuchsförderung, Personalpolitik sowie die Mitteleinwerbung und -verwendung in eigener Verantwortung zu treffen. Auftretende Konflikte wurden nicht unterdrückt, sondern durch argumentative Auseinandersetzungen und demokratische Verfahren fruchtbar gemacht.

Der Verantwortung gegenüber der Gesellschaft wurde durch Transparenz von Entscheidungen und Maßnahmen, klare Organisations- und Entscheidungsstrukturen sowie durch individuelle leistungsorientierte Zuordnung und Verantwortbarkeit von Ressourcen entsprochen.

Die HWP verfügte über einen hohen Standard an organisierter Studienberatung und Betreuung durch den Lehrkörper und die Verwaltung.

Die gestuften Studienabschlüsse und das studienbegleitende Prüfungssystem ermöglichten die Anbindung an international übliche Studienstrukturen. Durch Vereinbarungen mit vielen ausländischen Hochschulen wurde einem großen Teil der Studierenden ein Auslandsstudium von mindestens einem Semester ermöglicht.

Hervorzuheben ist: Die HWP praktizierte schon frühzeitig vieles, was heute z. T. Standard ist: Studienbegleitende Prüfung, klare Vorgaben für den Ablauf des Studiums, Interdisziplinarität, Praxisbezug der Lehre, ein Studium mit gestuften Abschlüssen, offener Hochschulzugang über eine Aufnahmeprüfung.

Kurz und gut: Die HWP war die einzige deutsche Hochschule, die sich auf diese Weise als Ganzes ein unverwechselbares Profil in der deutschen Hochschullandschaft verschafft hat.

3. Akt

Die sog. Dohnanyi-Kommission legte 2003 ihren Vorschlag zur Struktur-Reform der Hamburger Hoch-

schulen im Zeitraum bis 2012 vor. Sie empfahl, die sozial- und wirtschaftswissenschaftlichen Lehr- und Forschungskapazitäten, die bisher an der Universität Hamburg und an der HWP angesiedelt waren, in eine neuartige "Sektion" zusammenzuführen:

"Die Kommission empfiehlt dazu die Gründung einer 'Sektion' für Wirtschaft und Politik' an der Universität Hamburg unter Einbeziehung der bisherigen Studienangebote der HWP sowie der Fachbereiche Sozial- und Wirtschaftswissenschaften der Universität". In detaillierten Ausführungen der Strukturkommission werden die besonderen Akzente von Hochschulzulassung und Studienstruktur an der HWP als vorbildlich für die Gestaltung des neuen gemeinsamen Bachelor-Studiums bezeichnet:



Manfred Weichsel, Absolvent des 16. Lehrgangs, Staatsrat a. D.

"Gerade in den Wirtschafts- und Sozialwissenschaften sollte das Bachelor- und Master-Modell zügig eingeführt werden. Grundlage dafür sollte die erfolgreiche Studienstruktur der HWP sein, die flächendeckend durch das Bachelor-/Master-Studiensystem fortgesetzt werden sollte. Dabei sollten gerade die innovativen Ansätze der HWP Berücksichtigung finden (z.B. die Zugangsmöglichkeiten auch ohne Abitur, der modulare Aufbau des Studiums, die internationalen Studienabschlüsse, starker Praxisbezug, Studierenden- und Alumni-orientierung)".

Kern dieser Sektion sollten die bisherigen Angebote der Universität und der HWP sein. Die Kommission empfahl die Gründung einer autonomen "Sektion für Wirtschaft und Politik" zunächst unter dem Dach der Universität Hamburg, in die die HWP einerseits und die Wirtschafts- und Sozialwissenschaften (einschließlich der Politologie) der Universität Hamburg andererseits gleichberechtigt eingehen sollten. Dabei sollten die grundständigen Ausbildungsgänge von den positiven Erfahrungen der HWP geprägt sein, die weiterführenden Studiengänge von beiden bisher unabhängigen Institutionen. Und: Die Kommission hielt es auch für sehr wohl möglich, "dass diese zukünftige Sektion perspektivisch zu einer eigenständigen Hochschule wird".

4. Akt

Wie wir wissen, wurde aus alledem nichts. Alles Lob hat nichts genutzt. Die Hamburger Universität für

DRAMA IN 6 AKTEN ~ FORTSETZUNG VON SEITE 11

Wirtschaft und Politik ist per 1. April 2005 mit der Universität Hamburg organisatorisch verschmolzen worden. Die betriebswirtschaftliche, volkswirtschaftliche, soziologische und rechtswissenschaftliche Kompetenz ist auf die Fakultät Wirtschafts- und Sozialwissenschaften an der Universität Hamburg übergegangen und dort gerne aufgenommen worden. Die HWP hat ihre juristische Selbständigkeit verloren und ist nun als Department Wirtschaft und Politik (DWP) Teil der neu gegründeten Fakultät. Sie ist dem universitären Zentralismus und den damit verbundenen bürokratischen Abläufen unterworfen. Das Department wird an den von der Universität Hamburg nicht erbrachten Einsparungen ganz selbstverständlich beteiligt. Der ehemalige Fachbereich Wirtschaft und Sozialwissenschaften lässt sich von den zwangsweise einquartierten Nachbarn nicht sonderlich beeindrucken; erst recht halten sie eine Gleichberechtigung der anderen für anmaßend und mit dem eigenen Ego völlig unverträglich.

Dieser Weg in die Unselbständigkeit beruht auf den Entscheidungen des Hamburger CDU-Senats und der CDU-Mehrheit in der Hamburgischen Bürgerschaft. Als deutlich zu markierender politischer Merkposten bleibt der Hinweis, dass sich der CDU-Senat bis zuletzt weigerte, die Gründe für seine Entscheidung offen zu legen. Weder der Bürgerschaft, also dem Hamburger Parlament, noch dem mit der Fusion befassten Ausschuss dieses Parlaments gelang es, die Gründe zu erfahren.

5. Akt

Besonders bedroht, weil noch vorhanden und von den Lehrenden, den jetzt Studierenden wie von Ehemaligen engagiert verteidigt, ist das als innovatives Vorbild existierende HWP-Studienmodell einschließlich des jahrzehntlang erprobten Zugangs zum Studium nach bestandener Aufnahmeprüfung.

Deshalb hat die Gesellschaft der Freunde und Förderer der HWP e.V. (GdFF) neben anderen Aktivitäten im Mai 2007 ihre Arbeitstagung der Frage gewidmet: "Welche Zukunft hat das Department Wirtschaft und Politik?". Auf dem Podium saßen Prof. Weber (Dekan), Prof. Bassen (Pro-Dekan), Prof. Bieback (Rechtswissenschaftler am Department), Dr. Koch als Erster Vorsitzender der GdFF und Britta Hamann als Vertreterin der Studierenden. Moderatin war Frau Dr. Bittscheidt, die ehemalige Präsidentin der HWP. Die Veranstaltung fand großen Zulauf, lief sehr diszipliniert ab und hinterließ bei allen Beteiligten einen positiven Eindruck.

Es besteht die Hoffnung, dass sich die neuere Organisation der Fakultät nicht mehr nach Fachgebieten orientiert. Mit der dann nicht mehr drohenden Folge, die Verteilung der Lehrenden am Department Wirt-



Arbeitstagung

schaft und Politik nach solch überkommenen weltfremden Zukunft-Aspekten erleben zu müssen - frei nach dem Motto: „Betriebswirte: hierher - Volkswirte: hierher - Politologen und Soziologen: sollen sich selten machen“.

Der bisher gute organisatorische Zusammenhalt, der zugleich die Interdisziplinarität des HWP-Studienmodells garantiert, wäre weg gebrochen. Vielmehr hat sich - jedenfalls in dieser Runde - die Erkenntnis breit gemacht, die personellen und sächlichen Ressourcen müssten bedarfsgerecht den Studiengängen auf Dauer zugeordnet werden. Die Professor Weber und Bassen haben öffentlich zugesagt, diese Forderung zu unterstützen und inneruniversitär zu vertreten. Selbstverständlich ist die Diskussion noch lange nicht beendet. Eine genaue Beobachtung und Kontrolle der Situation ist bitter nötig. Die GdFF unterstützt die Studierenden in ihren Forderungen nach Erhalt der organisatorischen Struktur des DWP und dem Verbleib im Gebäude Von-Melle-Park 9. Nur mit einer sachgerechten (personellen wie sächlichen) Ausstattung können die hoch gelobten praktischen Erfolge der ehemaligen HWP weiterhin angestrebt werden. Das Interesse an einem Studium am DWP hat noch keineswegs nachgelassen. Die Abbrecherquote ist nach wie vor wesentlich niedriger, die Studiendauer deutlich kürzer als bei Studiengängen an der Universität Hamburg.

6. Akt

Im deutlichen Unterschied zu den Studiengängen in den Fachbereichen der Universität Hamburg hatte die HWP und hat das jetzige Department Wirtschaft und Politik Studierende, die wissen, was ihnen während ihrer wissenschaftlichen Ausbildung bei allem Leistungsdruck an Positivem geboten wurde und wird. Bei allem, was an Neuem auf sie einströmt und den Horizont erweitert, wissen sie sich auf und angenommen. Zu beobachten ist: Abiturienten wenden sich in dem Maße von den traditionellen Fachbereichen ab, in dem ihre Information über die Verhältnisse am Department wächst. Auch das war schon zu HWP-Zeiten so. Da sind z.B. die Lehrenden, die jedenfalls so ausgesucht wurden, dass sie wissen,

DRAMA IN 6 AKTEN

sie dürfen den Praxisbezug ihres theoretischen Wissens nicht aus dem Auge verlieren und kontroverse Diskussionen mit Studierenden aus der Arbeitswelt nicht scheuen.

Das alles und noch manches mehr, wie z.B. die Lebensläufe und beruflichen Erfolge früherer Absolventen, hat über Jahrzehnte eine Corporate Identity entstehen lassen, die auf dem Campus der Universität Hamburg einzigartig ist, Aufmerksamkeit erheischt, staunen lässt und neidisch macht. Mancher Wirtschaftswissenschaftler und mancher Soziologe wäre gewiss dankbar, wenn seine Studierenden mit gleicher Zuneigung für ihren Fachbereich Partei ergreifen würden. Die Studierenden am DWP nehmen mit dem Wagemut der Hoffnung nicht widerspruchslos hin, wie über sie und die nachfolgenden Interessen verfügt wird. Sie haben stets begriffen, dass es besser ist, Subjekt der eigenen Geschichte zu sein

als bloßes Objekt auf dem Schachbrett beratungsresistenter Uni-Professoren*, die häufig genug nur über Erfahrungen verfügen, die über Kindergarten, Schule und Universität nicht hinausreichen.

Die Studierenden und der engagierte Lehrkörper haben es zwar nicht geschafft, die HWP als selbständige Bildungseinrichtung mit einzigartigem Profil zu erhalten. Jetzt, wo es ums Eingemachte geht, wehren sie sich erneut gegen die bildungspolitische Fehlentwicklung - frei nach dem Motto: Wer kämpft, kann verlieren; wer nicht kämpft, hat schon verloren! Die Mitglieder der Gesellschaft der Freunde und Förderer der HWP stehen ihnen bei.

Manfred Weichsel

*Sehr lesenswert ist in diesem und anderem Zusammenhang das kürzlich erschienene Buch von Uwe Kamenz/Martin Wehrle: Professor Untat - Was faul ist hinter den Hochschulkulissen, Berlin 2007.

WIR ZIEHEN ALLE AN EINEM STRANG! ZWISCHENBILANZ NACH 50 TAGEN PROTEST ~ BEITRAG FÜR DEN FACHSCHAFTSRAT VON HARI ZEITVOGEL

Als am 24. Mai zum zweiten Mal in diesem Semester an die hundert Studierende in den Räumen des Akademischen Senats standen und dem dort ansässigen Gremium den Vorschlag machten, ihrem Studiengang eine eigene Fakultät zu geben, ging es ihnen nicht darum, anderen ihre Ressourcen streitig zu machen, sondern vielmehr darum, die eigenen Ressourcen selbständig verwalten zu dürfen.

Dass unsere Argumente gut waren, wussten wir im Vorfeld. Das Dohnanyi-Gutachten, die Abbrecherquoten und die Zahl der Absolventen sprechen für sich. Dass unsere Argumente aber so gut waren, dass den Senatsmitgliedern keine Argumente mehr einfielen, überraschte auch uns. Stattdessen wurden wir mit dem Vorwurf der »Heuchelei« konfrontiert. Wir seien ein »Problem«, das schon damals, bei der Fusion hätte beseitigt werden sollen. Wie ungewohnt ehrlich präsentierten sich einige Gremienmitglieder an diesem Tage. Und so entglitt die Sitzung schließlich auch der Unipräsidentin, da die strikte Einhaltung irgendwelcher Geschäftsord-

nungen für wichtiger erachtet wurde als das legitime Recht der anwesenden Studierenden sich in die Debatte einzumischen. Es lebe die Demokratie! Und einige der studentischen Vertreter im akademischen Senat fielen dabei ihren Kommilitonen auch in den Rücken. Vielleicht, weil sie dort selbst ihre Klappe nicht aufkriegen.

Natürlich betreiben wir Studierende einen gewissen „Protektionismus“. Wir machen uns nicht nur für ein alternatives Bildungsprofil, nicht nur für eine kritische Wissenschaft, sondern auch für eine einzigartige Kultur stark, mit der wir uns identifizieren. Doch dies



Hari Zeitvogel, Student, im FSR

spielt im Schlagabtausch der Argumente keine Rolle, ebenso wenig wie die Sicherstellung unseres Studienganges im Hamburger Hochschulgesetz irgendetwas garantiert. Das wir (ganz nebenbei) der erfolgreichste Studiengang sind, wird noch nicht einmal zur Kenntnis genommen.

WIR ZIEHEN ALLE AN EINEM STRANG! ZWISCHENBILANZ NACH 50 TAGEN PROTEST ~ FORTSETZUNG VON SEITE 13

Ginge es immer nur nach Argumenten, hätte unsere Gesellschaft die ökologischen Probleme im Griff und die Weltbevölkerung könnte am Reichtum dieser Erde ausreichend teilhaben. Letztendlich werden solche Entscheidungen aber immer auf dem Spielfeld der Macht ausgeknobelt - an der Universität Hamburg ist das nicht anders als in Heiligendamm.

Dass wir hier eine »feine Kultur« haben, bewiesen die letzten Wochen, als sich über 200 Studierende in Arbeitsgruppen zusammengeschlossen haben, um auf möglichst kreative Weise Öffentlichkeit herzustellen. Ob Aida Aktion oder das Drachenbootrennen am Hafengeburtstag - die Vielfalt war groß und das Engagement war riesig. Über 400 Studierende beteiligten sich am Warnstreik und mischten sich in die Debatte um die Fakultätsstruktur mit ein. Zahlreiche Solidaritätsbekundungen erreichten uns. Wir bekamen ein positives Presse-Echo und schließlich wagten die Dozentinnen und Dozenten den lang ersehnten Schulterchluss mit uns. Einige von ihnen zumindest, bei einigen anderen wurde es auffällig still.

Unsere Prosbewegung hat bereits was erreicht. Die blödsinnige

Matrixstruktur vom Anfang ist vom Tisch. Ins Zentrum der Strukturdebatte gelangte die Lehre, nach der die zukünftige Struktur ausgerichtet sein sollte. Dass dies anderswo nicht so ist, erklärt vielleicht auch, warum die Studiengänge dort so schlecht laufen. Unabhängig davon, in welcher Struktur sich der Studiengang Sozialökonomie in Zukunft finden wird, der breite Konsens, der die Lehre in den Mittelpunkt der Struktur stellt, kommt letztlich allen Studierenden der Fakultät zugute. Ob man jetzt nun »Raider« in »Twix« umbenennet ist schließlich nicht so wichtig. „Never change a running system!“ sagen wir dazu. Und wenn wir nun auf Teufel komm raus »innovativ« sein wollen, dann doch wohl dahingehend, dass sich die anderen Bereiche der Fakultät entsprechend dem Dohnanyi-Gutachten strukturell von unserem Department ein paar Scheiben abschneiden und nicht umgekehrt.

Doch wie gesagt, um Argumente geht es erst in zweiter Linie. Es gibt Menschen, die diese Einrichtung erhalten wollen und solche, die sie (warum auch immer) platt machen wollen. Einen erfolgreichen „Schnellstudiengang“ haben wir bereits. Doch dies scheint den Machern der so genannten Hoch-

schulreformen nicht das Wesentliche zu sein. Nicht Kultur, sondern Individualisierung soll im Bezahlstudium der Zukunft Grundlage zur künftigen Elitebildung sein. Wenn wir das nicht wollen, müssen wir weiter kämpfen, weiter aktiv bleiben und weiter »an einem Strang ziehen« und das nicht nur in Fragen des Erhaltes des DWP, sondern auch weit darüber hinaus. Studiengebühren sind dabei nur die Spitze des Eisbergs. Und auch die internen Veränderungen müssen kritisch im Auge behalten werden. Nicht alle Studierenden leben mit uns die Kultur der HWP und auch nicht alle Dozenten. Es liegt also noch viel vor uns.

Und was unsere Struktur angeht: Der erste Satzungsentwurf des Dekanats wirft noch viele Fragen auf. Auch die Frage der studentischen Mitbestimmung sollte in diesem Zusammenhang noch einmal erwähnt sein. War das gerade nicht eine der Stärken der HWP? Also heißt es weiter Augen und Ohren offen zu halten und sich einzumischen, auch unangenehm, wenn es denn sein muss, denn: - **„Das DWP lebt!“** – und das soll auch so bleiben!

Hari Zeitvogel



STATEMENT VON THOMAS WAGNER, TEILZEIT-STUDENT DES SOZIOLOGISCHEN STUDIENGANGES

Ich bin für den Erhalt des DWP, weil es das Studium ohne Abitur zu lösbaren Bedingungen ermöglicht. Dies kann für die Studierenden neue Wege öffnen, die bis dahin verschlossen oder gar unbekannt waren.

Mich persönlich hat dieser Schritt, von der Vorbereitung über die Aufnahmeprüfung und bis zum Studium sehr bereichert. Meine persönliche Entwicklung und gerade auch "mein Denken" ist dadurch sehr stark geprägt. Ich wünsche jedem die Möglichkeit, diesen Schritt gehen zu können. Und ich wünsche, dass auch zukünftig dies jeder für sich entscheiden kann.

DAS HWP-STUDIENMODELL MUSS ERHALTEN BLEIBEN

BEITRAG DES ABSOLVENTEN CHRISTIAN CARSTENSEN



Christian Carstensen, Dipl.-Volkswirt,
Mitglied des Bundestages

Seit ihrer Gründung 1948 garantiert die HWP eine einzigartige und besondere Ausbildung. Die Besonderheit der HWP ermöglichte mir ein Studium ohne Abitur. Nach einer Lehre als Bankkaufmann habe ich von 1994-1997 an der HWP Volkswirtschaftslehre studiert. Seit 2005 bin ich Abgeordneter des deutschen Bundestages als direkt gewählter Vertreter des Wahlkreises Hamburg-Nord. Als ehemaliger HWPler setze ich mich dafür ein, dass die wesentlichen Elemente, die die HWP so einzigartig und erfolgreich machten und von denen auch ich profitieren konnte, erhalten bleiben.

Bereits mit dem 1. April 2005 wurde die HWP aufgelöst und als Department für Wirtschaft und Politik (DWP) in die neu geschaffene Fakultät Wirtschafts- und Sozialwissenschaften der Universität Hamburg integriert. Wie die Hamburger SPD war ich damals gegen die Auflösung der HWP. Mit einem SPD-Senat hätte es diese

Auflösung nicht gegeben. Trotz der neuen Strukturen, die der ehemaligen HWP bereits einen Teil ihres Sonderstatus nahmen, fanden immerhin einige der Besonderheiten auch unter dem Mantel des DWP ihre Fortsetzung. Diese Elemente – vor allem der Zugang für Nicht-Abiturienten sowie die interdisziplinäre und praxisorientierte Ausrichtung – gilt es unbedingt zu bewahren.

Ein neues Eckpfeiler-Papier der Dekanatsleitung sieht die Auflösung des DWP für das Jahr 2008 vor. Eine Zerschlagung in der diskutierten Form gefährdet die bewährten Besonderheiten. Ohne eigenes Department gingen Mitbestimmungsmöglichkeiten in den Gremien der Universität verloren. Auch bei einer Beibehaltung des Studiengangs „Sozialökonomie“ ist der eigene interdisziplinäre Zugang der Lehre gefährdet, wenn die Lehrenden den drei Departments für Volkswirtschaftslehre, Betriebswirtschaftslehre und Sozialwissenschaften zugeordnet werden und nicht mehr übergreifend spezifische Lehrveranstaltungen angeboten werden.

Wie erfolgreich das Ausbildungsmodell der HWP ist, weiß ich aus eigener Erfahrung. Ich habe gern und mit Gewinn an der HWP studiert. Verschiedene Rankings attestierten der HWP stets sehr gute Studienbedingungen. Die Hochschullandschaft lebt auch von der Vielfalt – ein bewährtes, erfolgreiches Modell ohne Not schleichend aufzulösen, das ist unverständlich.

Ganz besonders am Herzen liegt mir der offene Hochschulzugang für Nichtabiturienten. An keiner anderen Universität in Europa

werden so viele Kapazitäten für Nichtabiturienten und Nichtabiturientinnen explizit freigehalten. Für die SPD ist Bildungspolitik auch ganz zentral eine Gerechtigkeitsfrage. Bildung entscheidet über die Teilhabemöglichkeiten der Menschen in unserer Gesellschaft. Wir wissen um die Schwierigkeit des deutschen Bildungssystems, das Chancen ganz besonders von der sozialen Herkunft abhängig macht. Hier ist viel zu tun und das sollte bereits bei der frühkindlichen Bildung ansetzen. Solange aber das deutsche Schulsystem keine Chancengerechtigkeit gewährleistet, ist es gut und wichtig, dass es Hochschuleinrichtungen gibt, die einen Zugang auch ohne Abitur gewährleisten und damit auch Menschen aus so genannten „bildungsfernen Schichten“ eine Hochschulbildung erst ermöglichen.

Noch ist nichts entschieden. Meine Position ist klar: Die ehemalige HWP muss eine eigenständige Struktur behalten, um zu gewährleisten, dass von dem erfolgreichen Studienmodell der HWP viele weitere Generationen von Studenten profitieren können – so wie ich in der Vergangenheit davon profitieren konnte. Dafür setze ich mich ein. Die Veränderungen rund um die HWP zeigen auch ganz deutlich, wie Politik tatsächlich eine Rolle spielt. Mit einem SPDgeführten Senat in der Hansestadt wäre es bereits nicht so weit gekommen. Im Februar 2008 wird in Hamburg wieder gewählt.

Christian Carstensen



Klaus Ernst
Mitglied des Deutschen Bundestages

Klaus Ernst, MdB · Platz der Republik 1 · 11011 Berlin

**An die Studierenden und Stipendiaten des
Departments für Wirtschaft und Politik**

Berlin

Platz der Republik 1
11011 Berlin

Jakob-Kaiser-Haus
Raum 2.816E842
☎ (030) 227 – 70 3677
☎ (030) 227 – 76 466
✉ klaus.ernst@bundestag.de

WKB Schweinfurt

Hadergasse 11
97421 Schweinfurt
☎ 09721 / 73098-11
☎ 09721 / 73098-12
✉ klaus.ernst@wk.bundestag.de

Berlin, 09.05.2007

Abwicklung des DWP – Wir sagen Nein!

Sehr geehrte Damen und Herren,
Liebe Kolleginnen und Kollegen,
Liebe Studis des DWP,

mit Entsetzen und Bedauern mussten wir von den geplanten Umstrukturierungen der Fakultät Wirtschafts- und Sozialwissenschaften der Hamburger Hochschule erfahren. Die Absichten zur Zerschlagung des Departments für Wirtschaft und Politik (ehemals HWP) sind ein weiterer Schritt in der neoliberalen und kurzsichtigen Hochschulpolitik Hamburgs, die wir hiermit entschieden verurteilen und zurückweisen.

Mit der Zerschlagung des Departments für Wirtschaft und Politik würde eine deutschlandweit bekannte, kritische Forschungstradition endgültig zerstört werden. Die vormalige HWP - entstanden aus der 1948 gegründeten Akademie für Gemeinwirtschaft - wurde von GenossenschaftlerInnen, GewerkschafterInnen und SozialdemokratInnen gegründet, die aufgrund der Erfahrungen im Umgang mit WissenschaftlerInnen während der nationalsozialistischen Diktatur eine demokratische und reformierte Universität aufbauten.

Mit der Zerschlagung des DWP ginge zudem die Möglichkeit des Studierens ohne Abitur verloren. Die Abschaffung dieses zweiten Bildungsweges als zweiter Chance insbesondere für junge Menschen aus bildungsfernen Schichten und abhängig Beschäftigte lehnen wir entschieden ab. Neben der Möglichkeit des Studierens ohne Abitur zeichnete sich die ehemalige HWP insbesondere auch durch ausgeprägte Interdisziplinarität sowie eine wertvolle und befruchtende Mischung der Studierenden aus. Diese Errungenschaften, die in der Hochschulpolitik zu Recht immer als anstrebenwert betitelt werden, sollen nun in Hamburg leichtfertig aufgegeben werden.



Klaus Ernst

Mitglied des Deutschen Bundestages

Seite 2 von 2 Seiten des Schreibens vom 09.05.2007

Wir verurteilen die Pläne zur Zerschlagung des DWP deshalb ausdrücklich und fordern die Präsidentin der Universität Hamburg Prof. Dr.-Ing. habil. Monika Auweter-Kurtz hiermit auf, diese Pläne zurückzuziehen. Ebenso fordern wir die Hamburger Bürgerschaft, den zuständigen Fachsenator Jörg Dräger sowie Bürgermeister Ole von Beust auf, im Sinne der Erhaltung des DWP und seiner Besonderheiten zu intervenieren.

Zugleich unterstützen wir die Studierenden des DWP ausdrücklich in ihren Protesten und solidarisieren uns im Kampf gegen die Zerschlagung. Wir stehen an eurer Seite!

Mit freundlichen Grüßen

Klaus Ernst, MdB

Stellv. Fraktionsvorsitzender der Bundestagsfraktion DIE LINKE.

Nele Hirsch, MdB

Bildungspolitische Sprecherin der Bundestagsfraktion DIE LINKE.

Prof. Dr. Herbert Schui, MdB

1980 – 2005 Professor für VWL an der HWP

Prof. Dr. Norman Paech, MdB

1982–2003 Professor für Öffentliches Recht an der HWP

Ulla Jelpke, MdB

Obfrau im Innenausschuss für die Bundestagsfraktion DIE LINKE.

Kornelia Möller, MdB

Arbeitsmarktpol. Sprecherin der Bundestagsfraktion DIE LINKE.

WELCHE ZUKÜNFTIGE STRUKTUR FÜR DIE WISO-FAKULTÄT?

BEITRAG VON PROF. DR. KARL-JÜRGEN BIEBACK

WORUM GEHT ES?

Wozu hat man eigentlich im Hochschulgesetz Anfang 2005 wieder Fakultäten eingeführt, nachdem sie in den 60'er Jahren des letzten Jahrhunderts als zu groß und schwerfällig abgeschafft worden waren?

Ein Ziel durchzieht Text und Motive des Fakultätengesetzes: Die alte Gliederung in Fachbereiche war zu kleinräumig, behinderte die fächerübergreifende Kooperation in der Forschung und in der Modernisierung der Lehre. Im neuen Hochschulgesetz wird deshalb an keiner Stelle mehr das „Fachgebiet“ bzw. der „Fachbereich“ (also BWL, VWL etc.) als Einheit erwähnt. Und das neue Gesetz (§ 92 HmbgHschG) sagt ausdrücklich, dass die Fakultäten intern zu gliedern seien nach „funktionalen Gesichtspunkten von Studium und Lehre, Forschung und Entwicklung sowie nach Wissenschaftsgebieten“. Wissenschaftsgebiete sind aber oft kleiner, oft breiter als Fachgebiete oder Fächer, selten aber mit ihnen identisch. Die HWP wurde in der Dohnanyi-Kommission, die den Gesetzesvorschlag erarbeitet hatte, gerade auch wegen ihrer fächerübergreifenden Organisationsstruktur gelobt, die gem. § 3 WiSoG im Studiengang auch in Zukunft erhalten bleiben muss.

In der neuen Hochschulstruktur ist organisatorisches Zentrum der Fakultät nicht der Fakultätsrat, sondern das Dekanat. Es wird ganz entscheidend sein, welche Interessen die Pro-Dekane vertreten, wie sie rekrutiert werden.

Wie kann eine fächerübergreifende Organisationsstruktur aussehen?

In der ersten Version des Dekanatsvorschlags waren die Fachgebiete (VWL, BWL und Sozialwissenschaften) die wichtigste Einheit und stellten die Pro-Dekane. Damit wurde nichts von den Reformzielen realisiert. Im letzten Vorschlag vom 8.6.07 sind jetzt die „Studienbereiche“ als Untereinheit gleichberechtigt neben die Fachgebiete getreten. Aber die Fachgebiete sollen die „Studienbereiche mit Lehrkapazität versorgen“, d. h. sie haben diese Kapazität und organisieren ihre Verteilung. Problem ist hier, dass



Prof. Dr. Karl-Jürgen Bieback

im Konflikt um Ressourcen die Studienbereiche in der Vorhand sind, die ausschließlich einem Fachgebiet zugeordnet sind (wieder VWL, BWL und Sozialwissenschaften); die fächerübergreifenden Studienbereiche (Sozialökonomie und Graduate School) werden Schwierigkeiten haben, sich mit den Fachgebieten zu koordinieren und auf Kapazitäten zuzugreifen. Bei der Bestellung der Pro-Dekane sollen die Studienbereiche berücksichtigt werden; eine klare Zuordnung ist das nicht (sie geht allerdings solange auch nicht zu Gunsten der Studienbereiche, als es maximal drei Pro-Dekane geben darf).

Warum leben die Fachgebiete so beharrlich weiter? Sie sind Ankerpunkt der „wissenschaftlichen Identität“ der meisten Professoren – die eben das, was das Fakultätsgesetz nicht wollte, wollen: Ihre monodisziplinäre Herkunft auch in Zukunft einfach fortzuschreiben. Aber weil dem so ist, braucht man die Fachgebiete als Koordinations- und Kommunikationsebene nicht extra zu installieren. Wie an der alten HWP können sie sich etablieren, ohne dass ihnen ein Entscheidungsrecht zusteht.

Wie an der TU, die immer die fächerübergreifende Forschung und Lehre hochhielt, sollten die Lehrkapazitäten und Lehrpersonen ausschließlich den Studiengängen/Studienbereichen und nicht noch zusätzlich Fachgebieten zugeordnet werden. Doppelzuordnungen (z. B. einem Bachelor, zwei Mastern) sind dann die Regel, was hoffentlich die Kooperation fördert. Konflikte und Neuordnungen muss eventuell das Dekanat lösen. Nur so kann sichergestellt werden, dass es einen Lehrkörper gibt, der sich mit den fächerübergreifenden Studiengängen, auf der

WELCHE ZUKÜNFTIGE STRUKTUR FÜR DIE WISO-FAKULTÄT?

BEITRAG VON PROF. DR. KARL-JÜRGEN BIEBACK

Bachelorebene die „Sozialökonomie“ und auf der Masterebene die interdisziplinären Master, identifiziert und sie fortentwickelt.

Wenn es bei drei Pro-Dekanen bleiben muss, sollte man ihnen auch drei „Hauptproduktgruppen“ zuordnen, etwa:

1. Bachelor- und Masterstudiengänge
2. Forschung
3. Weiterbildung und Lehre für andere Fakultäten

Wichtige Probleme sind noch gar nicht angesprochen. Wer wie ich, an der Universität Hamburg und

dann an der HWP gelehrt hat weiß, wie wichtig kurze Entscheidungswege, flache Hierarchien und studierendennahe Serviceeinheiten sind, wie sie die alte HWP auszeichneten.

Wenn die Einführung von Fakultäten Sinn machen und nicht einfach eine weitere Bürokratieebene bringen soll, muss Entscheidungskompetenz und Ressourcenverantwortung – so weit es irgend geht – von der Uni auf die Fakultät und von der Fakultät auf die Studienbereiche verlagert werden. Davon sind wir noch ganz weit entfernt.

Karl-Jürgen Bieback

WER GIBT DIE IMPLUSE FÜR EINE KRITISCHE WISSENSCHAFT?

EIN LESERBRIEF VON BERNHARD BLACH

Auf der Jahrestagung der GdFF führte die ehemalige Präsidentin der HWP, Frau Prof. Bittscheidt zum Thema offener Hochschulzugang sinngemäß aus, dass es im Rahmen der erneuten Umstrukturierungsdiskussion (Stichwort: Eckpfeiler-Papier) u. a. darauf ankommen würde, dass der interdisziplinäre Studiengangskarakter sowie die Eigenständigkeit des Departments DWP auf Dauer erhalten werden muss, um bildungsferneren Schichten auch künftig den Hochschulzugang zu ermöglichen. Deshalb seien eigene Ressourcen und Werbung notwendig. Wenn dann die so Umworbene in ausreichender Zahl am Department auch zukünftig vertreten seien, müsse man sich über das Profil des DWP keine so großen Sorgen mehr wie heute machen.

Es ist vollkommen richtig, wenn Frau Prof. Bittscheidt stellvertretend für mich und die meisten GdFF Mitglieder feststellt, dass das eigene Profil des DWP nicht nur nach außen dokumentiert werden muss, sondern dass auch Ressourcen in ausreichender Form zur Verfügung stehen müssen. Ich möchte hinzufügen, dass das auch für die "Humanressourcen" gelten sollte. Konkret: bei der Besetzung zukünftiger Planstellen für Professoren sollte auch darauf geachtet werden, "wes Geistes Kind diese sind."

Denn: was nutzt uns die Aufrechterhaltung einer Struktur und die Zugangsmöglichkeit für Nichtabiturienten, wenn die Studieninhalte "mainstreamgerecht" verabreicht werden und die Dozenten unter "Innovation" und "Interdisziplinarität" nur noch die

Wissensinhalte verstehen, die von der Wirtschaft als "exzellent" akzeptiert werden. Die Impulse für eine kritische und an den Bedürfnissen von Berufstätigen orientierten Wissenschaft kommen eben nicht nur von denselben, sondern insbesondere von den Dozentinnen und Dozenten, die in diesem Sinne eine Vorbildfunktion haben sollten. Wenn diese professionellen Ideengeber und "Wohlwoller" immer weniger werden und eine gegenseitige Unterstützung kaum noch stattfindet (siehe die zahlreichen Abgänge von HWP-Urgesteinen in vmp 9 vom März 07), dann ist die Kontinuität des kritischen (nachfragenden) Geistes m. E. auf Dauer gefährdet, weil er dann bei den "Nichtverständigen" bzw. "Nichtwollenden" ins Leere laufen würde. Deshalb ist es so wichtig, dass sich die derzeit Verantwortlichen des Departments nicht nur für die Aufrechterhaltung der Zugangsbedingungen (leidenschaftlicher) einsetzen sollten, sondern auch für die Studiengangsbedingungen in der Fakultät.

Bernhard Blach

Bernhard Blach

Diplom– Sozialökonom
Diplom– Betriebswirt und
Diplom- Verwaltungswirt

49. Lehrgang

NACHHALTIGE STÄRKE ODER KURZSICHTIGE CASH-COW? PERSPEKTIVEN FÜR DAS DWP

BEITRAG DES ABSOLVENTEN JONNY GRAPE

Als Akademie für Gemeinschaft gegründet, wuchs mit der späteren Hochschule für Wirtschaft und Politik eine einzigartige Hochschule in der bildungspolitischen Landschaft heran. An der kleinsten Universität Norddeutschlands wurde eine Forschung und Lehre mit praktischem Bezug, Interdisziplinarität gepaart mit einem offenen Hochschulzugang für Nicht-Abiturienten in einem sechssemestrigen Studiengang erfolgreich miteinander vereinigt. Der Erfolg dieses Konzept war deutlich sichtbar...

...die niedrigsten Studienabbruchquoten in Norddeutschland, die kürzesten Studienzeiten sowie erfolgreiche Absolventen, wie z.B. Björn Engholm, Dietmar Beiersdorfer, Hans-Olaf Henkel und Wilhelm Nölling zeugen von der Qualität der ehemaligen HWP. Hinzu kommt das besondere Klima, welches durch Lust auf Leistung, Innovation, Engagement sowie höchster Identifikation der Studierenden und Lehrenden mit „ihrer“ Hochschule geprägt war bzw. unverändert mit dem heutigen Department verbunden ist.

Die Bedeutung von Bildung, Engagement und Innovation hatte bereits der Nobelpreisträger für Ökonomie Gary Becker aufgezeigt. Auf das DWP bezogen verdeutlichen neben prominenten Absolventen, die vielen erfolgreichen Projekte von ehem. HWPlern die wirtschaftliche, gesellschafts- und bildungspolitische Bedeutung des heutigen DWP.

Exemplarisch hierfür sind u.a. das erfolgreiche „Institut für Weiterbildung“, die GdFF als größte Alumni-Vereinigung in Norddeutschland sowie die von ehemaligen HWPlern betreuten Projekte. Zu nennen sind hier z.B. die erfolgreichen Hamburger Unternehmen Nanosolutions GmbH, stickyjam

sowie die Institutionen CampusSeed und YellowOE.

Mit dem heutigen Department Wirtschaft und Politik besteht also die große Chance, hieran anzuknüpfen und diese Möglichkeiten nachhaltig zu forcieren und weiter zu entwickeln. Die Kombination aus Interdisziplinarität, offenem Hochschulzugang für Nicht-Abiturienten sowie die bewährte Bachelor-Masterstudienstruktur bilden hierfür die Basis. Es überrascht nicht, dass die vom damaligen Senat beauftragte „Dohnanyi-Kommission“ genau diese Vorzüge der HWP im Besonderen Maße hervorhob.

Nun werden häufiger Stimmen laut, das DWP entgegen der Empfehlung der Dohnanyi-Kommission gänzlich aufzulösen. Die Motive der Vertreter dieser Überlegungen sind allerdings ziemlich offensichtlich: Würde so durch ein besserer Mitspieler im hochschulpolitischen Konkurrenzspiel der wirtschaftswissenschaftlichen Einrichtungen ohne Probleme aus dem Spiel gedrängt werden. Zudem würden die hieraus entstehenden Ressourcen auf die verbleibenden Spieler verteilt: Schließlich geht es um ein wertvolles Gebäude in relativ gutem Zustand, um die Einnahmen durch Studiengebühren der



Jonny Grape, Dipl.- Betriebswirt und MBA, Gründer der YellowOE

Studierenden des DWP sowie um die Personen des Lehrapparates. Kurzum: Die Ausschlichtung des DWP als Cash-Cow.

Zusammenfassend sind also diese beiden Perspektiven vorhanden: Die Sicherung des DWP und damit die nachhaltige Forcierung der Kernkompetenzen und damit die bereits erreichten Erfolge auszubauen. Oder das DWP den anderen Institutionen zum Fraße vorzuwerfen und damit eine mehr als 50 jährige Erfolgsgeschichte gänzlich zu zerstören und damit volkswirtschaftliches, gesellschafts- und bildungspolitisches Kapital mutwillig bzw. leichtfertig zu vernichten.

Lassen Sie uns dafür eintreten, dass das DWP den eingeschlagenen Weg weiter geht und sich die übrigen Institutionen am Campus andere Cash-Cows suchen müssen.

Ich wünsche uns und Ihnen dabei viel Erfolg!

Jonny Grape

ENTWICKLUNG STATT ABWICKLUNG

BEITRAG VON WOLFGANG ROSE, LANDESBEZIRKSLEITER VER.DI HAMBURG

ver.di beobachtet mit Entsetzen die "Abwicklung" des Departement Wirtschaft und Politik an der Universität Hamburg.

Das ist ein Schlag ins Gesicht all derjenigen, die aufgrund ihrer sozialen Herkunft auf den Universitätszugang ohne Abitur angewiesen sind.

"Eine der wichtigsten Ziele bei der Weiterentwicklung des deutschen Bildungssystems ist es, die Abhängigkeit von Bildungserfolg und sozialer Herkunft zu reduzieren und allen Kindern und Jugendlichen - gleich welcher Herkunft - die besten Chancen auf Bildung in Schule, Beruf oder Hochschule zu bieten. Dies betrifft vor allem auch junge Menschen aus Migrantenfamilien", so steht es auf den Internetseiten des Bundesministeriums für Bildung und Forschung. Offenbar verfolgt die Universität Hamburg andere Ziele.

Die Pisa Studien haben gezeigt: Es gibt einen engen Zusammenhang zwischen dem sozialen Hintergrund von Schülerinnen und Schülern und den Bildungsergebnissen.

„Die Abwicklung des DWP ... ist ein Schlag ins Gesicht all derjenigen, die aufgrund ihrer sozialen Herkunft auf den Universitätszugang ohne Abitur angewiesen sind.“

Der UN-Sonderberichterstatter für das Recht auf Bildung, Prof. Vernor Muñoz Villalobos, hat es in seinem Bericht zum Bildungssystem in Deutschland auf den Punkt gebracht: Kinder, die aus unteren sozialen Schichten kommen, werden vom deutschen Bildungssystem ausgegrenzt.

Man sollte meinen, dass diese - wahrlich nicht neuen - Erkenntnisse, wenn schon nicht in der breiten Öffentlichkeit, dann doch wenigstens an Universitäten zur Kenntnis genommen werden und darüber hinaus in Entscheidungen zu Strukturveränderungen fließen.

Die Zerschlagung des Departments Wirtschaft und Politik mit den besonderen Zugangsmöglichkeiten für eben gerade die Menschen mit sozialen Bildungsbarrieren und vor allem

für junge Menschen mit Migrationshintergrund führt genau in die andere Richtung: Zementierung der ungleichen Bildungsmöglichkeiten.

ver.di Hamburg spricht sich eindeutig für den Erhalt des sozialökonomischen Studiengangs und den Erhalt des eigenständigen Departments Wirtschaft und Politik aus.

Wolfgang Rose

STATEMENT VON BETTINA WITT,

SELBSTSTÄNDIGE DIPL.-SOZIALWIRTIN UND BETRIEBSWIRTIN,
88. JAHRGANG

Im Zeitalter der Pisastudienergebnisse in Deutschland sollte deutlich werden, wie wichtig es ist, Bildungsdefizite auszugleichen.

Das DWP bietet ein Studienmodell, das genau dies ermöglicht, indem 40 % der Studierenden über die Aufnahmeprüfung einen Studienzugang auch ohne

Abitur erhalten. Die geringe Abbrecherquote und die weitgehende Einhaltung der Regelstudienzeit sprechen für dieses Erfolgsmodell.

Nach dem Verlust der Autonomie und Autokratie der HWP muss jetzt zumindest das DWP erhalten bleiben.



OFFENER BRIEF AN DIE MITGLIEDER DER HAMBURGER BÜRGERSCHAFT



Gesellschaft der Freunde und Förderer der HWP e.V.

Sehr geehrte ...,

unsere Gesellschaft der Freunde und Förderer der HWP e.V. (GdFF) wurde 1952 gegründet. Wir haben die HWP (Hamburger Universität für Wirtschaft und Politik) wie ihre Vorläufer als wissenschaftliche Institution unterstützt und sind für ihre bildungspolitischen Ziele eingetreten. Diese Ziele vertreten wir heute noch, auch nach der vom Hamburger Senat veranlassten Fusion mit der Universität Hamburg. Die Erhaltung des Studienmodells der HWP innerhalb der Fakultät für Wirtschafts- und Sozialwissenschaften steht deshalb zurzeit im Mittelpunkt der Arbeit unserer Gesellschaft.

Gesetzliche Grundlage für die Fusion war das sog. WiSo-Gesetz. Mit einem Verweis auf die dort enthaltenen (und uns bekannten) Übergangs- und Bestandssicherungsregelungen wäre aber unser Anliegen nicht zu befriedigen. Studiengänge brauchen zwar eine formale Grundlage, leben aber tatsächlich von den materiellen Bedingungen, also personellen wie sachlichen Ressourcen. Und diese sind unzulänglich.

Im Dohnanyi-Gutachten wurde das Studienmodell der HWP ausdrücklich gelobt. Betreuungsintensität und Erfolgsquoten wurden als beispielhaft bezeichnet. Die Studiengänge der Universität Hamburg sollten dieses Niveau erreichen. Bedauerlicherweise ist es aber so, dass sich in den letzten beiden Jahren die Ressourcenausstattung für die drei Departments innerhalb der neu zu ordnenden Fakultät gegenüber dem Ausgangszustand keineswegs verbessert hat. Im Gegenteil, es sind Stellen in den Zentralbereich abgezogen worden. Die von der Universität lange unerfüllten Sparauflagen belasten jetzt auch das Department Wirtschaft und Politik. Es gibt also eine Anpassung der Studienbedingungen zwischen der früheren HWP bzw. dem jetzigen Department Wirtschaft und Politik und der restlichen WiSo-Fakultät, leider aber nach unten.

Genau das wurde seinerzeit von den Gremien der HWP vermutet und befürchtet. Ein Mitglied des Lehrkörpers hat uns das so geschildert: „Die Zeit seit der Fusion ist zu kurz, um abschließend beurteilen zu können, ob die Hauptziele, nämlich kürzere Studienzeiten und mehr erfolgreiche Studienabschlüsse erreicht wurden. Messbar ist nur, dass im Department Wirtschaft und Politik, also der ex-HWP, die Personalausstattung schlechter geworden ist. Die angestrebte bessere Betreuung für die Studierenden kann so natürlich nicht erreicht werden. Wir tragen als Department Wirtschaft und Politik die Sparlast der beiden anderen Departments mit. Ohne einen eigenen Etat ist die Transparenz von Kosten und Leistung schlechter geworden. Das ist demotivierend und ein schwerer Fehler der Neuorganisation. Anstatt Verantwortung zu dezentralisieren sind seit der Fusion Entscheidungswege länger und bürokratischer geworden.“

Nach alledem wenden wir uns heute an Sie mit der ausdrücklichen Bitte, uns im Rahmen der Ihnen als Mitglied der Hamburgischen Bürgerschaft zur Verfügung stehenden Möglichkeiten in drei Punkten unterstützen:

1. Die finanziell unzureichende Ausstattung der Universität Hamburg muss gravierend verbessert werden, wenn die im Dohnanyi-Gutachten formulierten Ziele erreicht werden sollen. Wir schließen uns hier dem Appell der Präsidentin der Universität Hamburg ausdrücklich an. Unsere Bitte: Verbessern Sie im Rahmen der nächsten Etatberatungen die finanzielle Lage der Universität Hamburg.
2. Der Senator für Wissenschaft und Forschung, Herr Ph.D. Dräger, hat bei der Diskussion des sog. Dohnanyi-Gutachtens im Hinblick auf die Zukunft der HWP den Eindruck vermittelt, am Ende des Prozesses könnte eine selbständige Hochschule für Wirtschafts- und Sozialwissenschaften stehen. Auf jeden Fall wurde deutlich, dass er Dezentralisierung und Stärkung der Eigenständigkeit der Fakultäten will. Davon ist nichts mehr zu spüren. Die bekannten Mechanismen von Großorganisationen scheinen sich durchzusetzen. Wer eine Hochschule erst als Vorbild herausstellt, ihr dann aber die Selbständigkeit nimmt, muss sich später um die konkrete Entwicklung kümmern und darf früher propagierte Ziele nicht einfach vergessen. Wenn z.B. Verwaltungsstellen zur Zentralverwaltung abgezogen werden oder die Zuordnung des Instituts für Weiterbildung der HWP zur Fakultät Wirtschafts- und Sozialwissenschaften immer wieder in Frage gestellt wird, darf sich der Senator nicht hinter der Hochschulautonomie verstecken, sondern muss seiner Verantwortung aktiv gerecht werden.
3. Schließlich bitten wir Sie, darauf zu drängen, dass die im WiSo-Gesetz verankerten Regelungen zur Erhaltung des Studienmodells der HWP auch nach 2008 materiellen und nicht nur formalen Bestand haben.

Noch besteht die Chance, die positiven Errungenschaften der HWP auch für kommende Studentengenerationen zu erhalten. In der Hoffnung, Sie an unserer Seite zu wissen und von Ihnen nur Positives zu hören, verbleiben wir

mit freundlichen Grüßen

Anzeige



YellowOE stapelt Wissen online!

Die gelben Seiten des Studiums

YellowOE bietet Euch:

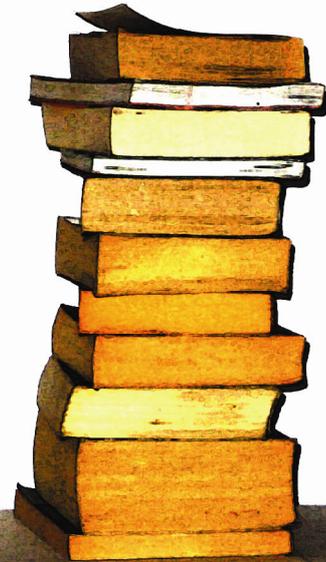
- Materialien für Vorlesungen und Klausuren
- Upload eigener Dateien
- Informationen zu Kursen und Tutorien
- Stellenangebote für Studierende und Absolventen

Auch kleine Spenden erhalten den kostenlosen Service von YellowOE!

Bankverbindung:

www.YellowOE.de

Konto 1238127003 - BLZ 200 505 50



Bitte in BLOCKSCHRIFT ausfüllen!

Ich möchte Mitglied bei der GdFF werden:

Name, Vorname: _____ Geburtsdatum: _____ Lg.: _____

Straße, Hausnr.: _____ PLZ/Wohnort: _____

aktuelle Tätigkeit: _____ Fax: _____

Telefon: _____ E-Mail: _____

Ort, Datum _____ Unterschrift _____

Jahresbeitrag für Studierende € 10.--, Berufstätige € 45.--

Ermächtigung zum Einzug von Forderungen durch Lastschriften

Hiermit ermächtige ich die Gesellschaft der Freunde und Förderer der HWP e.V. widerruflich, die von mir zu entrichtenden Zahlungen bei Fälligkeit zu Lasten meines

Kontos Nummer: _____ Bankleitzahl: _____

Kreditinstitut: _____

durch Lastschrift einzuziehen.

Wenn mein Konto die erforderliche Deckung nicht aufweist, besteht seitens des kontoführenden Kreditinstitutes keine Verpflichtung zur Einlösung. Teileinlösungen werden im Lastschriftverfahren nicht vorgenommen.

Ort, Datum _____ Unterschrift _____

Bitte per Post an: Gesellschaft der Freunde und Förderer der HWP e.V., c/o Department Wirtschaft und Politik, Von-Melle-Park 9, 20146 Hamburg oder per E-Mail an: info2007@gdff.de

VORBILD DWP – WAS KANN DIE UNI UNS LERNEN?

BEITRAG VON BORIS BÖTTGER, ANGESTELLTER IN DER VERWALTUNG



Ich bin für den Erhalt des DWP, weil viele Studierende mit diesem Department (früher HWP) eine Identität verbindet. Dozenten, Professoren und Lehrbeauftragte sind aufgrund der überschaubaren Größenordnung immer erreichbar gewesen. Im Vergleich zur großen Uni ist hier die Betreuung zwischen Lehrkörpern und Studierenden sehr viel intensiver. Außerdem ist mit der Einführung der Masterstudiengänge die frühere HWP immer ein großes Vorbild gewesen. Die vielen weltweiten Kooperationen mit den Part-

nerhochschulen zeigen, dass diese Einrichtung auch international gesehen immer wieder Schwerpunkte gesetzt hat. Die einzigartige Chance, dass durch eine Aufnahmeprüfung auch Personen ohne Abitur ein Studium aufnehmen konnten muss weiterhin bestehen bleiben. Diese Studierenden haben in der Regel eine erfolgreiche Ausbildung absolviert und gehen während ihres Studiums sehr viel praktischer mit vielen Fächern um, was man von einem Studenten ohne Berufserfahrung gar nicht erwarten kann.

ÜBRIGENS...

... Die Studienzeiten sind im internationalen Vergleich zu lang. Dies ist u.a. in einem komplizierten Studienaufbau, einer mangelhaften Durchlässigkeit der Studiengänge und einer zunehmenden Spezialisierung der Studiengänge begründet. Diese strukturellen Hindernisse führen außerdem zu der beklagenswerte Tatsache, dass nur etwa die Hälfte der Studienanfänger ihr Studium erfolgreich abschließt. ...

...Die besonderen Qualitäten der HWP, auch im Hinblick auf den Hochschulzugang, sind unbedingt zu erhalten. ...

Aus dem Bericht der „Dohnanyi-Kommission“

IN EIGENER SACHE

An dieser Stelle möchten wir uns ganz besonders bei allen mitwirkenden Autoren für ihren Beitrag bedanken:

Alexander Bassen
Karl-Jürgen Bieback
Bernhard Blach
Boris Böttger
Bundeskollektiv der Hans Böckler Stiftung
Christian Carstensen
Klaus Ernst u. a.
Ricco Fiedler
Harry Friebel
GdFF
Gesamt Jugend– u. Auszubildendenvertretung der VW AG
Udo Mayer
Katrin Reimers
Wolfgang Rose
Elisabeth Trentelmann
Thomas Wagner
Wolfgang Weber

Manfred Weichsel
Bettina Witt
Hari Zeitvogel

Wir sind von der Flut der Rückmeldungen überrascht und zugleich berührt. Auch dies ist eine Aussage über die ehemalige HWP und das jetzige DWP. Und wir schließen mit den Worten, so wie wir begonnen haben:
Rettet das DWP!

Die Mitwirkenden der Redaktion:
Jonny Grape
Christine Neumann
Hannah Neumann
Dunja Neukam
Andrea Klerman
Jochen Brandt
Petra Brandt

Unsere reguläre Ausgabe erscheint mit Beginn des Wintersemesters 2007.

DAS LESEN SIE IN DER NÄCHSTEN AUSGABE

- Fortsetzung folgt... Wie geht es weiter mit dem DWP
- Forschung am DWP
- Aktuelles von YellowOE und der GdFF
- Unsere Rätsellösung und die Vorstellung des Gewinners
- Berichte über das Leben nach dem Studium
- Personalia

und, und, und...